

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVI. Jahrgang, Nr. 12

Dezember 1953

Inhalt

Rückblick auf 1953 — Ausblick auf 1954

Uneinheitliche Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen — Schwäche des Binnenmarktes — Außenhandel und Zahlungsbilanz als Konjunkturstützen — Ausweitung des Geldvolumens bei stabilen Preisen — Ausblick auf 1954: Günstige Voraussetzungen auf Belebung der Binnenkonjunktur — Konstruktive Investitionsfinanzierung

Die wirtschaftliche Lage auf einzelnen Gebieten

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft; Der Weinbau Österreichs und die Liberalisierung der Einfuhr — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr; Die Verwendung der ERP-Kredite für den Fremdenverkehr — Außenhandel

Österreichs Handelsverkehr mit Lateinamerika

Wirtschaftsstruktur und Außenhandelsorientierung Lateinamerikas — Österreich und Lateinamerika

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Rückblick auf 1953 — Ausblick auf 1954

Uneinheitliche Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen — Schwäche des Binnenmarktes — Außenhandel und Zahlungsbilanz als Konjunkturstützen — Ausweitung des Geldvolumens bei stabilen Preisen — Ausblick auf 1954: Günstige Voraussetzungen auf Belebung der Binnenkonjunktur — Konstruktive Investitionsfinanzierung

1952 war das Jahr der erfolgreichen Stabilisierung von Preisen und Löhnen. Das Jahr 1953 stand vor allem im Zeichen großer Erfolge auf außenwirtschaftlichem Gebiete. Auf dem Fundament einer stabilen Währung war es möglich, einen realistischen Wechselkurs zu fixieren und den Export wirksam zu fördern. Zum ersten Male in der Geschichte der österreichischen Republik konnten die erforderlichen Wareneinfuhren (einschließlich ERP-Lieferungen) mit eigenen Exporten bezahlt und darüber hinaus, dank hohen Deviseneinnahmen im Fremdenverkehr, bedeutende Überschüsse in der laufenden Zahlungsbilanz erzielt werden. Im Jahre 1951 hatte die laufende Zahlungsbilanz noch ein Defizit von 176 Mill. Dollar; im Jahre 1953 dürfte sie einen Überschuß von rund 80 Mill. Dollar aufweisen. Die Gold- und Devisenreserven der Nationalbank haben sich um rund 170 Mill. Dollar erhöht, der Gesamtüberschuß Österreichs bei der EZU betrug Ende Dezember 96 Mill. Dollar. Diese sprunghafte Verbesserung der Zahlungsbilanz macht die österreichische Wirtschaft nicht nur von ausländischer Hilfe unabhängig, sondern gibt ihr gleichzeitig die Möglichkeit, die mengenmäßigen Handelsbeschränkungen schritt-

weise aufzuheben und in einen größeren arbeitsteiligen Wirtschaftsraum hineinzuwachsen.

Hand in Hand mit der günstigen Entwicklung der Zahlungsbilanz haben sich Produktion und Beschäftigung belebt. Im ganzen war zwar das reale Sozialprodukt im Jahre 1953 nicht höher als im Jahre 1952 und die Beschäftigung sogar etwas niedriger. Während aber Produktion und Beschäftigung im Jahre 1952 von einem hohen Stand allmählich zurückgingen, konnte die Wirtschaft im Laufe des Jahres 1953 das verlorene Terrain wieder langsam aufholen. Im I. Quartal 1953 waren die volkswirtschaftlichen Gesamtumsätze (gemessen an den Umsatzsteuereinnahmen ohne Rückvergütung) noch um 3% und die Industrieproduktion um 7% niedriger als im I. Quartal 1952; im III. Quartal 1953 lagen jedoch die entsprechenden Zahlen bereits um 6% und 3% höher als im Jahre 1952. Ähnlich entwickelte sich die Beschäftigung. Im I. Quartal 1953 beschäftigte die Wirtschaft noch um 73.000 weniger, im IV. Quartal aber um 28.700 Arbeitskräfte mehr als in den gleichen Quartalen des Vorjahres.

Die leichte Belebung der Wirtschaft im Laufe des Jahres 1953 war ausschließlich der Außenhandels-

konjunktur zu verdanken, während der Binnenmarkt, und hier vor allem die heimische Investitionstätigkeit, noch stagnierte. Es darf freilich nicht übersehen werden, daß die Schwäche des Binnenmarktes die Umstellung der Wirtschaft auf eine aktive Zahlungsbilanz erleichterte. Bei hoher heimischer Nachfrage und optimaler Ausnutzung der verfügbaren Produktivkräfte wäre es kaum möglich gewesen, den Güter- und Leistungsstrom in so kurzer Zeit zugunsten des Exports umzuschichten und Importe in größerem Umfang durch heimische Produkte zu ersetzen.

Nachdem diese Aufgabe aber gelöst ist, kann die Wirtschaftspolitik im Jahre 1954 ihre ganze Aufmerksamkeit wieder der Stärkung des Binnenmarktes zuwenden. Die fühlbare Senkung der Einkommen- und Gewerbesteuer, die Ausweitung der öffentlichen Ausgaben, insbesondere für Investitionen, sowie die vorgesehene Pflege des Kapitalmarktes werden der Binnenkonjunktur kräftige Impulse geben, die noch immer beträchtliche Arbeitslosigkeit verringern helfen und die unvermeidlichen Anpassungsschwierigkeiten mildern, die mit fortschreitender Liberalisierung der Einfuhr verbunden sind.

Uneinheitliche Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen

Die einzelnen Wirtschaftszweige haben im Jahre 1953 sehr verschieden abgeschnitten: Die Landwirtschaft und der Fremdenverkehr konnten ihre Leistungen steigern, die Industrieproduktion und das Verkehrsvolumen blieben fast unverändert, die Bautätigkeit war geringer als im Vorjahre.

Die *Industrie* produzierte in den ersten zehn Monaten 1953 um 0,5% weniger als im Jahre 1952; das Jahresergebnis dürfte annähernd die Vorjahreshöhe erreichen. Die einzelnen Zweige entwickelten sich jedoch sehr ungleich. Die Konsumgüterindustrien konnten ihren Rückschlag vom Jahre 1952 großteils überwinden. Die Papier-, Leder- und Schuh- sowie die Textilindustrie produzierten um 12%, 10% und 5% mehr als im Vorjahre. Einige Grundstoffindustrien, wie die Magnesitindustrie, der Bergbau sowie die Eisen- und Metallhütten, erzielten sogar neue Rekordergebnisse. Dagegen ist die Produktion fertiger Investitionsgüter fast durchwegs stärker zurückgegangen: in der Elektroindustrie um 20%, in der Maschinenindustrie um 18% und in der Fahrzeugindustrie um 4%. Die Gießereien schränkten ihre Produktion um 22% ein.

Gleichzeitig mit der Produktion der Investitionsgüterindustrien ist die *Bautätigkeit* weiter zurück-

gegangen. Die Baustoffindustrie produzierte um 9% weniger als im Jahre 1952, die Beschäftigung im Baugewerbe sank um 7%. Selbst wenn man annimmt, daß die Produktivität in der Bauwirtschaft um 2% gestiegen ist, dürfte im Jahre 1953 um rund 5% weniger gebaut worden sein als im Vorjahre. Dabei dauerte die Bausaison dank mildem Wetter bis in den Spätherbst. Der Rückgang der Bautätigkeit war hauptsächlich eine Folge geringerer Aufträge der Industrie; der Wohnungsbau und öffentliche Bauten erreichten annähernd das Volumen des Vorjahres.

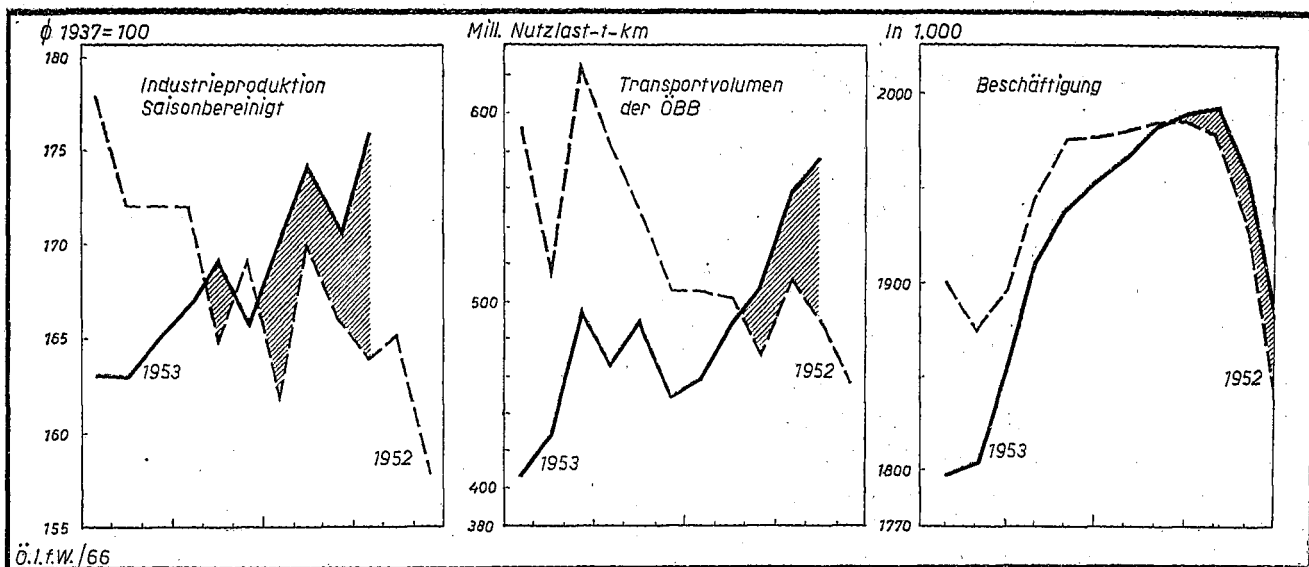
Die *Landwirtschaft* hatte, ebenso wie in den meisten europäischen Ländern, eine ausgezeichnete Ernte. Nach inoffiziellen Schätzungen erntete sie um annähernd 25% mehr Brotgetreide, Mais und Kartoffeln, um 30% mehr Gerste und um 15% mehr Heu als im Vorjahre. Die Marktleistung an Brotgetreide war im 2. Halbjahr 1953 um 34% und 96% höher als im gleichen Zeitraum der Jahre 1952 und 1951. Dagegen war die Obst- und Weinernte schlechter als im Jahre 1952. Der Holzeinschlag ging in den ersten drei Quartalen um 3% zurück und lag um 15% unter dem bisherigen Höchststand vom Jahre 1951, obwohl Rundholz seit Frühjahr stärker nachgefragt wurde und die Preise anzogen.

Auch tierische Produkte kamen in größeren Mengen auf den Markt. In den ersten elf Monaten wurden im Inland um 16% mehr Milch sowie um 11% und 14% mehr Rind- und Schweinefleisch angeboten als im Jahre 1952. Gleichzeitig stiegen die Viehexporte auf das Siebenfache des Vorjahres und waren bereits um ein Drittel höher als im Jahre 1937. Diese hohe Marktleistung wurde freilich zum Teil der Substanz (dem Viehstock) entnommen und dürfte daher auf die Dauer kaum aufrechterhalten werden können. Im ganzen war die land- und forstwirtschaftliche Produktion um rund 2% höher als im Jahre 1952 und erreichte erstmalig seit 1945 fast wieder den Vorkriegsstand.

Sehr gute Ergebnisse erzielte auch der *Fremdenverkehr*. Nach vorläufigen Zahlen buchte das österreichische Fremdenverkehrsgewerbe im Wirtschaftsjahr 1952/53 196 Mill. Übernachtungen, um 9% mehr als im Vorjahr. Der Ausländerbesuch nahm sogar um 26% zu; er war mit 76 Mill. Übernachtungen (ohne die zahlreichen kurzfristigen Grenzübertritte, die in der Fremdenverkehrsstatistik nicht aufscheinen) um 19% höher als im letzten Vorkriegsjahr. Die Fremdenverkehrseinnahmen erreichten 28 Mill. Dollar oder 11% des Exportwertes, waren aber kaufkraftmäßig noch um 40% niedriger als vor dem Kriege.

Leichte Konjunkturbelebung im Laufe des Jahres 1953

(Normaler Maßstab)



Das reale Sozialprodukt war in den Jahren 1952 und 1953 annähernd gleich hoch. Während aber der Trend der Entwicklung im Jahre 1952 abwärts gerichtet war, konnte die Wirtschaft im Laufe des Jahres 1953 das verlorene Terrain allmählich wieder auflösen. Industrieproduktion, Transportvolumen und Beschäftigung liegen seit Herbst 1953 über dem Vorjahresstand.

Das Verkehrsvolumen blieb im Jahre 1953 unverändert. Die Bahn beförderte (in Netto-Tonnenkilometer) um 8% weniger Güter in den ersten elf Monaten, aber um 1% mehr Personen. Der Transitverkehr hat sich nur wenig belebt, wiewohl die Kursanpassung den ausländischen Verfrächtern einen Anreiz bot, Transitgut über österreichische Strecken zu führen. Nur der Schiffsverkehr auf der Donau, der im Jahre 1953 auch für ausländische Gesellschaften freigegeben wurde, nahm stärker zu. Die beförderte Tonnage war mit 230.432 t bereits höher als vor dem Kriege.

Faßt man die Leistungen der einzelnen Wirtschaftszweige zusammen und berücksichtigt man, daß sich die realen Austauschverhältnisse im Außenhandel für Österreich um 13% verschlechterten, dann dürfte das gesamte Sozialprodukt der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1953 real annähernd gleich hoch gewesen sein wie im Jahre 1952. Einen großen Unterschied darf man dabei allerdings nicht übersehen: im Jahre 1952 war der Trend der Entwicklung abwärts gerichtet, seit Beginn 1953 jedoch ist eine deutlich aufsteigende Linie zu erkennen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wurde sowohl durch die im ganzen stagnierende Industrieproduktion und rückläufige Bautätigkeit, als auch durch die leicht (um rund 3%) steigende Produktivität und das Zufließen neuer Arbeitskräfte beeinflusst. Im Jahre 1953 waren durchschnittlich um 19.700 und 65.000 Arbeitskräfte weniger beschäftigt als in den Jahren

1952 und 1951. Ende 1953 waren zwar wieder um 42.400 Arbeitskräfte mehr beschäftigt als Ende 1952, aber doch um 73.000 weniger als Ende 1951. Die geringere Nachfrage nach Arbeitskräften wirkte sich auf die Arbeitslosigkeit um so empfindlicher aus, als seit Mitte 1953 ständig neue Arbeitskräfte, vor allem Jugendliche, dem Arbeitsmarkt zufließen. Im Jahre 1953 waren durchschnittlich 184.600 Stellensuchende vorgemerkt, um 26.700 mehr als im Jahre 1952. Die Rate der Arbeitslosigkeit betrug im Jahresdurchschnitt 9%, gegen 8% und 6% in den Jahren 1952 und 1951.

Schwäche des Binnenmarktes

Wiewohl Sozialprodukt und reales Volkseinkommen im Jahre 1953 ungefähr gleich groß waren wie im Vorjahre, ging die heimische Gesamtnachfrage um rund 5% zurück. (Der nicht im Inlande verwendete Teil des Sozialproduktes wurde exportiert und entspricht dem Überschusse in der laufenden Zahlungsbilanz.) Die Bevölkerung hat zwar für Konsumzwecke etwas mehr ausgegeben als im Vorjahre, andererseits wurde viel weniger investiert. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Lager weiter abgebaut wurden (größenordnungsmäßig um 3 Mrd. S), was ebenfalls die laufende Produktion und wirtschaftliche Aktivität einschränkte. Von der Schwäche des Binnenmarktes wurden vor allem jene Zweige getroffen, die weder in den Export ausweichen,

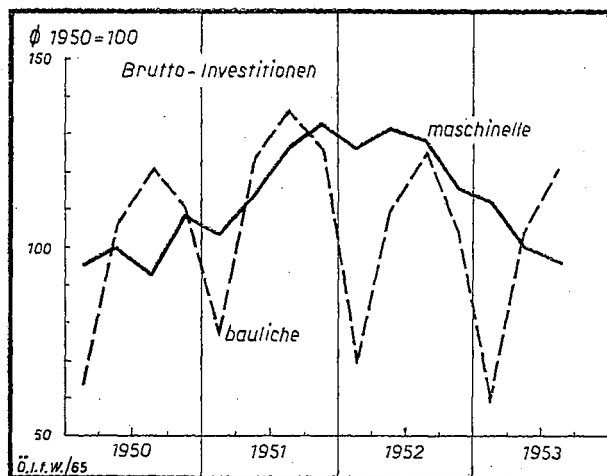
noch indirekt an der Exportkonjunktur und am Fremdenverkehr teilhaben konnten.

Während der *private Verbrauch* unmittelbar nach der Stabilisierung um die Jahreswende 1951/52 vielfach aus spekulativen Gründen eingeschränkt worden war, hat er sich im Jahre 1953 wieder normalisiert. Die Mengenumsätze im Einzelhandel waren in den ersten elf Monaten um etwa 6% höher als im Vorjahre. Außer Textilien und Schuhen wurden mehr Lebensmittel und Haushaltgegenstände (Möbel) gekauft. Auch für einige andere Waren, die nicht oder nur teilweise im Umsatzindex vertreten sind, wie Fleisch, Milch und elektrischer Strom, wurde mehr ausgegeben. Die Anschaffungen von Motorrädern (einschließlich Motorrollern) und Personenkraftwagen waren sogar um 135% und 24% höher als im Jahre 1952. Selbst wenn man berücksichtigt, daß in diesen Umsatz- und Verbrauchsdaten auch die Käufe ausländischer Besucher enthalten sind und die Ausgaben für einige andere Waren und Leistungen, wie für Gas, Miete, Bildung und Unterhaltung, annähernd gleichgeblieben sind, dürfte der gesamte Konsum der heimischen Bevölkerung real um etwa 2% gestiegen sein.

Die Belebung des privaten Konsums ist hauptsächlich einem leichten *Steigen der Masseneinkommen* zu danken. Die Nachziehung der Beamtengehälter und Pensionen, verschiedene kleinere Lohn- und Gehaltskorrekturen in der Privatwirtschaft, die starke Zunahme der Zahl der Rentner und Pensionisten sowie der leichte Rückgang der Konsumgüterpreise haben die reale Kaufkraft der Unselbständigen erhöht, wiewohl die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt um 1% zurückgegangen ist und weniger Überstunden geleistet wurden. Offenbar ist aber auch die Konsumneigung der Bevölkerung wieder gewachsen. (Die Zunahme der Spareinlagen um 1.676 Mill. S in den ersten elf Monaten 1953 gegen nur 1.060 Mill. S im gleichen Zeitraum des Vorjahres dürfte darauf zurückgehen, daß vor allem viele Unternehmer ihre Barreserven und Scheckeinlagen teilweise in Spareinlagen umgewandelt haben.)

Im Gegensatz zum privaten Konsum waren die *Bruttoinvestitionen* des Anlagevermögens nach vorläufigen Berechnungen in den ersten drei Quartalen 1953 um 14% niedriger als im gleichen Zeitraum 1952. Während im Jahre 1952 zwar weniger gebaut wurde als im Jahre 1951, die maschinellen Investitionen aber — zumindest auf das Jahr gerechnet — noch die Rekordhöhe vom Jahre 1951 halten konnten, ging im Jahre 1953 die Bautätigkeit um weitere 7% und die Anschaffung von beweglichen Anlagegütern sogar um 20% zurück. Diese Entwicklung ist um so

Rückgang der Investitionstätigkeit
(Normaler Maßstab; Durchschnitt 1950 = 100)



Die Bruttoinvestitionen im Anlagevermögen waren in den ersten drei Quartalen 1953 um 14% niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Seit Mitte 1952 zeigten vor allem die maschinellen Investitionen eine stark rückläufige Tendenz, die bisher noch nicht aufgehört hat. Aber auch die Bautätigkeit ist im Jahre 1953 weiter zurückgegangen, wiewohl die Bau-saison dank mildem Wetter bis in den Spätherbst anhielt.

bedenklicher, als die rückläufige Tendenz der maschinellen Investitionen, die im Herbst 1952 begann, noch immer anhält. Im III. Quartal 1953 wurden um 30% weniger Maschinen, Elektrogeräte und Nutzfahrzeuge gekauft als im IV. Quartal 1951, in dem die Investitionstätigkeit ihren bisher höchsten Stand erreichte. Zu diesem Rückschlag kam es, weil die privaten Investitionen sanken; die öffentliche Hand dagegen investierte gleich viel wie im Jahre 1952.

Gleichzeitig dürften die Betriebe ihre *Vorräte* stärker abgebaut haben. Der Umfang dieser Lagerbewegung kann nur größenordnungsmäßig geschätzt werden, da es bisher keine Lagerstatistik gibt. Die Entwicklung von Produktion, Import und Umsätzen sowie die Ergebnisse des Konjunkturtestes lassen jedoch darauf schließen, daß die Vorräte, insbesondere an Fertigwaren, die im allgemeinen zu Jahresbeginn noch ziemlich groß waren, im Laufe des Jahres allmählich abgebaut wurden.

Der Rückgang der Investitionstätigkeit und der Abbau der Lager können teilweise damit erklärt werden, daß die Unternehmerrgewinne seit der Stabilisierung der Währung vielfach stark gesunken sind, während gleichzeitig noch Steuern auf Grund der Gewinne in der Hochkonjunktur gezahlt werden mußten. (Die Eingänge an direkten Steuern der Unternehmungen waren um über 1 Mrd. S höher als im Jahre 1952.) Viele Unternehmungen scheinen aber auch die Investition ihrer Gewinne aufgeschoben

und Kapital freigesetzt zu haben, indem sie ihre Amortisationsquoten liquid hielten und Vorräte abbauten.

Diese nicht im eigenen Betrieb verwendeten Mittel und die Ersparnisse der privaten Haushaltungen konnten nur teilweise zur Finanzierung von Investitionen risikofreudiger Unternehmungen herangezogen werden, denen es an Geldkapital fehlte. Die Sparer bevorzugten infolge der hohen Zinsen kurzfristige Anlagen und stellten ihre Ersparnisse nur dann dem Kapitalmarkt zur Verfügung, wenn ihnen — wie bei der Energieanleihe und der Operanleihe — besonders günstige Bedingungen geboten wurden. Die Kreditinstitute konnten und wollten jedoch nicht das Liquiditätsrisiko tragen und Mittel, die auf jederzeit abhebbaren Spar- und Scheckkonten eingelegt wurden, längerfristig investieren.

Auch bei öffentlichen Körperschaften dürften Überschüsse entstanden sein, die nur teilweise für Investitionen verwendet wurden. Die *Finanzlage des Bundes* hat sich im Jahre 1953 über Erwarten günstig entwickelt. Wohl mußte der Bund mehr für Arbeitslosenunterstützungen, Beamtengehälter, Pensionen und Schuldendienst ausgeben, als im Voranschlag vorgesehen war. Gleichzeitig war aber der Ertrag an Bundessteuern und gemeinschaftlichen Abgaben bereits in den ersten elf Monaten 1953 mit 14,7 Mrd. S um fast 200 Mill. S höher als der erwartete Erfolg für das ganze Jahr; bis Jahresende dürften die Bruttoeinnahmen an öffentlichen Abgaben über 16 Mrd. S erreicht haben. Von den Mehreinnahmen (1,7 Mrd. S) verbleiben dem Bunde ungefähr 1 Mrd. S. Dank diesen hohen Steuereinnahmen und anderen Mehrerträgen konnten nicht nur die vorsorglich verfügbaren Bindungen der investitionsähnlichen Ausgaben teilweise wieder aufgehoben, sondern auch Zahlungsrückstände beglichen werden. Auch die übrigen öffentlichen Körperschaften dürften Überschüsse erzielt haben, da die öffentlichen Guthaben bei der Notenbank im Jahre 1953 um 462 Mill. S gestiegen sind. Ungefähr ebenso groß dürfte der Zuwachs der öffentlichen Einlagen bei den Kreditinstituten gewesen sein.

Außenhandel und Zahlungsbilanz als Konjunkturstützen

Der Rückgang der heimischen Gesamtnachfrage wurde teils durch niedrige Importe aufgefangen, teils durch die höhere ausländische Nachfrage nach heimischen Produkten mehr als wettgemacht. Da sich aber die Austauschrelationen im Außenhandel verschlechterten, konnte das Sozialprodukt nur auf Vorjahreshöhe gehalten werden.

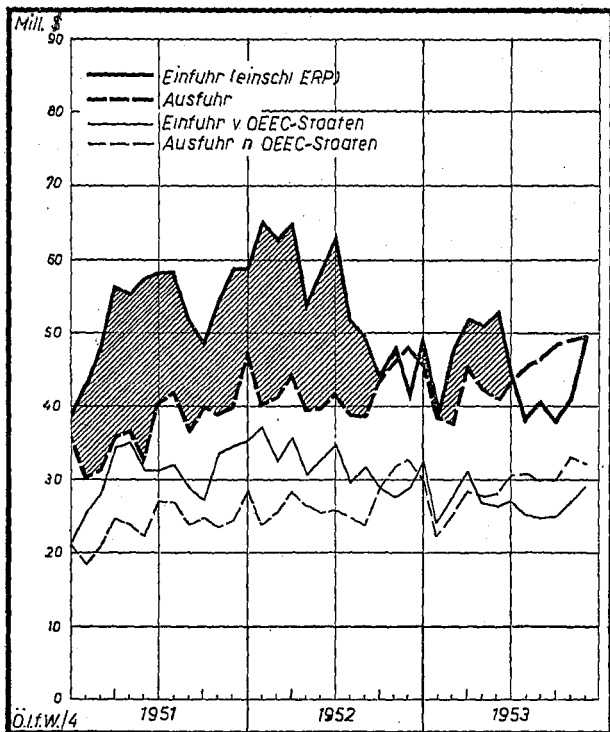
Das *Exportvolumen* erreichte im Durchschnitt der ersten elf Monate 1953 143 (1937=100) gegen 109% im Jahre 1952. Seit Herbst liegt es sogar ständig über 160% von 1937. Diese kräftige Exportsteigerung hat Produktion und Beschäftigung nachhaltig beeinflußt. Nimmt man an, daß im Jahre 1952 rund 125.000 Arbeitskräfte in der gewerblichen Wirtschaft sowie in der Forstwirtschaft direkt oder indirekt für den Export beschäftigt waren und die Produktion je Beschäftigten um 3% gestiegen ist, dann dürfte sich die Zahl der für den Export arbeitenden Personen im Jahre 1953 um rund 35.000 auf 160.000 erhöht haben. Die Exportquote der Industrie ist von 20% auf 26% gestiegen. In vielen Industriezweigen, wie in der Papier- und in der Textilindustrie, konnte der Export den Rückgang des Inlandsabsatzes ganz oder teilweise wettmachen.

Gleichzeitig hat der Rückgang des *Importvolumens* von 101 im Jahre 1952 auf 90 im Jahre 1953 den Inlandmarkt für heimische Produkte aufnahmefähiger gemacht. Im Jahre 1952 wurden rund 17% des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens (Sozialprodukt plus Importe) aus dem Auslande bezogen, im Jahre 1953 aber nur noch rund 15%. Die Umschichtung der heimischen Nachfrage auf inländische Produkte sicherte den Absatz der heimischen Rekordernte, milderte den Auftragsrückgang in den Investitionsgüterindustrien und ermöglichte den Grundstoffindustrien, ihre neuen Kapazitäten auszunutzen.

Die stark gegenläufige Entwicklung von Export- und Importvolumen kommt allerdings in den Außenhandelswerten und damit auch in der Handelsbilanz nicht voll zum Ausdruck, da sich die *Austauschverhältnisse* im Außenhandel für Österreich um 13% verschlechtert haben. Die Einfuhrpreise sanken gegenüber 1952 um 8%, die Ausfuhrpreise aber um 21% (beide in Dollar gerechnet). Offenbar konnten die meisten Exporteure nur dadurch ihre Mengenumsätze ausweiten, daß sie den Kostenvorsprung, den ihnen Kursanpassung und Umsatzsteuerrückvergütung verschafft hatten, in Form von Preisnachlässen an ihre Abnehmer weitergaben.

Trotz namhafter Preiskonzessionen war der Ausfuhrwert in den ersten elf Monaten um 23 Mill. Dollar höher als im gleichen Zeitraum 1952, während die Gesamteinfuhr um 109 Mill. Dollar zurückging. Der Einfuhrüberschuß verringerte sich von 141 Mill. Dollar auf 8 Mill. Dollar. Da die Ausfuhr im Dezember saisongemäß einen Höhepunkt erreicht, dürfte die *Handelsbilanz* im Jahre 1953 erstmalig in der Geschichte der österreichischen Republik annähernd ausgeglichen sein.

Sprunghafte Verbesserung der Handelsbilanz (Normaler Maßstab; in Mill. \$)



Die Handelsbilanz, die im Jahre 1952 noch ein Defizit von 147 Mill. \$ hatte, dürfte im Jahre 1953 annähernd ausgeglichen sein. Diese sprunghafte Verbesserung der Handelsbilanz geht sowohl auf eine Einschränkung der Importe als auch auf eine Ausweitung der Exporte zurück. Der Wert der Ausfuhr war in den ersten 11 Monaten trotz einem stärkeren Rückgang der Dollarpreise um 23 Mill. \$ höher als im gleichen Zeitraum 1952; das Exportvolumen stieg um 34%.

Gleichzeitig mit der Verbesserung der Handelsbilanz sind die Überschüsse im Dienstleistungsverkehr von 33 Mill. Dollar in den ersten drei Quartalen 1952 auf 65 Mill. Dollar im gleichen Zeitraum 1953 gewachsen. Dieser hohe Überschuss ergab sich allerdings nicht nur aus dem normalen Reiseverkehr, sondern auch aus den einmaligen Ausgaben der amerikanischen Besatzungstruppen. Fast ebenso bedeutend wie die Überschüsse im Dienstleistungsverkehr waren die Eingänge im internationalen Kapitalverkehr. Österreich erhielt 32 Mill. Dollar Auslandshilfe, 8 Mill. Dollar längerfristige Kredite und 24 Mill. Dollar kurzfristiges Kapital (hauptsächlich infolge Verschiebung in den Zahlungsbedingungen). Dank diesen Überschüssen bei den „unsichtbaren“ Transaktionen der Zahlungsbilanz erhöhten sich die Gold- und Devisenreserven der Nationalbank in den ersten drei Quartalen um 113 Mill. Dollar; bis Jahresende dürfte der Devisenzuwachs rund 170 Mill. Dollar erreichen.

Besonders günstig schnitt Österreich in der Europäischen Zahlungs-Union ab. Die Überschüsse gegenüber diesem Währungsgebiet erreichten im Jahre 1953 80 Mill. Dollar. Die ursprünglich vereinbarte Quote wurde bereits im September überschritten und auch die Rallonge von 25 Mill. Dollar reichte nur bis Dezember. Österreich, das jahrelang struktureller Schuldner schien und erst Mitte 1953 als Vollmitglied in die EZU aufgenommen wurde, errang damit in kurzer Zeit eine starke Gläubigerposition. Diese verpflichtet allerdings, die Liberalisierung zu beschleunigen. Mitte 1953 wurden erst 35% und Mitte Dezember 50% der Einfuhren liberalisiert. Der nächste Schritt — eine 60%ige Liberalisierung — wird in Kürze folgen, die weiteren Etappen, die Ausdehnung auf 70% und schließlich auf 75% der Importe, dürfen bis Mitte 1954 durchgeführt werden. Hand in Hand mit diesen Liberalisierungsmaßnahmen gehen die Aufstellung einer Negativliste, d. h. einer Liste jener Waren, deren Einfuhr aus verschiedenen Gründen nicht liberalisiert werden kann, sowie Arbeiten an der Novellierung und Umgestaltung des Zolltarifs, der den weitgehend geänderten außenwirtschaftlichen Umständen angepaßt werden soll.

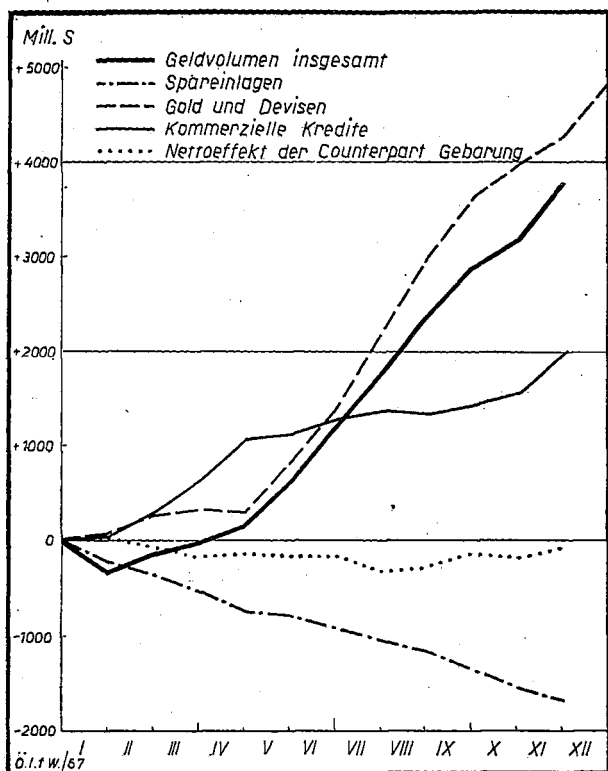
Ausweitung des Geldvolumens bei stabilen Preisen

Eines der auffallendsten Phänomene im vergangenen Jahr war das starke Steigen des Geldvolumens (um 20%) bei annähernd gleichem Sozialprodukt und stabilen oder sogar leicht sinkenden Preisen. Diese Entwicklung, die einfachen quantitativen Vorstellungen widerspricht, läßt sich damit erklären, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes stark zurückgegangen ist.

Die Stabilität der Preise im Jahre 1953 ist um so bemerkenswerter, als die Kursanpassung und vereinzelt auch Zollerhöhungen die Importe verteuert hatten. Einzelne Preiserhöhungen bei Fertigwaren wurden durch Verbilligungen anderer Waren großteils kompensiert. Im großen und ganzen aber verhinderte die Schwäche des Binnenmarktes ein Überwälzen der höheren Importpreise. Da schon vor der Kursanpassung viele Preise, vor allem von landwirtschaftlichen Produkten, zurückgegangen waren, lag das allgemeine Preisniveau Ende 1953 etwas unter dem Stand von Ende 1952. Die Indizes der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten gingen von Mitte Dezember 1952 bis Mitte Dezember 1953 um 1,0% und 4,7% zurück. Besonders stark (um 6,5% und 19,5%) sanken die Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum und der freie Goldpreis. Dagegen schnellten die Aktienkurse an der Wiener Börse um 34,7%

Zunahme des Geldvolumens infolge hoher Devisenüberschüsse

(Normaler Maßstab; expansiv (+) und restriktive (−) Faktoren in Mill. S)



Das gesamte Geldvolumen ist in den ersten 11 Monaten 1953 um 20% gestiegen. Diese beachtliche Zunahme geht ausschließlich auf die hohen Überschüsse im Zahlungsverkehr mit dem Auslande zurück. Die Ausweitung der kommerziellen Kredite wurde dagegen durch den Zuwachs an Spareinlagen und andere restriktive Faktoren mehr als kompensiert.

in die Höhe, da sich Banken und Publikum wieder stärker für Wertpapiere zu interessieren begannen. Auch die Kurse festverzinslicher Wertpapiere zogen – hauptsächlich wegen der zweimaligen Senkung der Bankrate – um 6,5% an.

Die Löhne blieben im allgemeinen stabil. Verschiedene Korrekturen der Arbeiterlöhne sowie die Nachziehung der Beamtenbezüge und einiger Angestelltengehälter haben das allgemeine Lohn- und Gehaltsniveau nur wenig – größenordnungsmäßig um 2% – erhöht. Der Tariflohnindex des Institutes ist seit Herbst 1951 unverändert, die Nettoverdienste sind geringfügig gestiegen.

Dagegen ist der Notenumlauf im Jahre 1953 um 1.426 Mill. S oder 16% gestiegen; das gesamte Geldvolumen wurde in den ersten elf Monaten um 3.744 Mill. S oder 20% ausgeweitet. Diese starke Zunahme des Geldvolumens geht ausschließlich auf die hohen Devisenüberschüsse zurück. Die ausgewiesene Gold- und Devisenreserve der Notenbank stieg im

Jahre 1953 um 4.796 Mill. S und deckte Ende 1953 mit 7.057 Mill. S 55% des Gesamtumlaufes. Die Ausweitung der kommerziellen Kredite um 1.973 Mill. S in den ersten elf Monaten wurde dagegen durch einen Zuwachs an Spareinlagen um 1.676 Mill. S und andere restriktive Faktoren überkompensiert.

Die starke Ausweitung des Geldvolumens hat sich bisher weder auf die heimische Nachfrage noch auf die Preise ausgewirkt, da die *Umlaufgeschwindigkeit des Geldes* stark zurückgegangen ist. Im III. Quartal 1953 waren die Geldumsätze nur um 2,3% höher als im gleichen Zeitraum 1952, das Geldvolumen dagegen um 17,4%. Die besonders starke Erhöhung der Scheckeinlagen um 24,7% in den ersten elf Monaten läßt darauf schließen, daß vor allem die Unternehmungen und – wie bereits erwähnt – die öffentlichen Körperschaften liquider geworden sind. Die hohe Liquidität der Wirtschaft sowie die große Flüssigkeit des Geldmarktes bilden jedoch eine beachtliche Kaufkraftreserve, die in Zukunft eine stärkere Belebung der heimischen Nachfrage finanzieren könnte.

Ausblick auf 1954

Die Umstellung der heimischen Wirtschaft auf stabile Währungsverhältnisse und auf eine aktive Zahlungsbilanz war unvermeidlich mit Anpassungsschwierigkeiten verbunden. Sie äußerten sich vornehmlich in höheren Arbeitslosenzahlen und stagnierendem Sozialprodukt. Vieles spricht dafür, daß diese ungünstigen Begleiterscheinungen im Jahre 1954 überwunden werden. Die konsolidierten Währungsverhältnisse und die sprunghafte Verbesserung der Zahlungsbilanz erlauben der Wirtschaftspolitik, im Jahre 1954 stärker als bisher aktive Konjunkturpolitik zu treiben und zielbewußt Vorkehrungen zu treffen, damit das Sozialprodukt wieder wachsen, der Lebensstandard steigen und das rasch zunehmende Angebot an Arbeitskräften produktiv beschäftigt werden kann. Diese Aufgabe muß in Verbindung mit der rasch fortschreitenden Liberalisierung und Neuadjustierung der Zölle gesehen und gelöst werden.

Günstige Voraussetzungen auf Belebung der Binnenkonjunktur

Verschiedene Gründe sprechen dafür, den zur Zeit stagnierenden Binnenmarkt zu beleben. Die Erfahrungen von 1953 lehren, daß eine ausgezeichnete Außenhandelskonjunktur allein nicht imstande ist, die heimischen Produktivkräfte optimal zu nutzen. Die Arbeitslosigkeit dürfte in diesem Winter den Höhepunkt vom Vorjahre zumindest erreichen, wenn

nicht überschreiten. Die Industrie produziert gegenwärtig zwar mehr als im Vorjahre, nutzt ihre Kapazität aber doch nur teilweise aus. Im ganzen verfügt die heimische Wirtschaft zweifellos noch über namhafte Reserven an Arbeitskräften und sachlichen Produktionsmitteln, die im Zuge einer Mengenkonjunktur ausgeschöpft werden könnten.

Dazu kommt, daß die von Außenhandel und Zahlungsbilanz ausgehenden Konjunkturimpulse schon in naher Zukunft schwächer werden dürften. Die Ausfuhr hat sich in den letzten Monaten auf hohem Niveau stabilisiert und scheint, zunächst wenigstens, kaum noch erweiterungsfähig zu sein, während die Einfuhr steigen wird, sobald die Liberalisierung auch auf Waren ausgedehnt wird, die bisher infolge quantitativer Handelsbeschränkungen nicht eingeführt wurden. Auch der internationale Kapitalverkehr dürfte in Zukunft weniger Devisen bringen, da die Auslandshilfe ausläuft und die österreichischen Exporteure ihre Stellung auf den Weltmärkten nur dann behaupten können, wenn sie ihren Kunden längere Zahlungsziele gewähren.

Nicht zuletzt muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Weltkonjunktur nachläßt. Die amerikanische Konjunktur hat Mitte 1953 ihren Höhepunkt überschritten. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß sich in den USA eine Konjunkturschwäche anbahnt, die zunächst durch den Abbau erhöhter Lager ausgelöst wurde, gegen Ende 1953 aber bereits Produktion und Beschäftigung fühlbar beeinträchtigte. Wiewohl eine ernste Krise unwahrscheinlich ist, rechnen maßgebliche Fachleute damit, daß die Industrieproduktion um 10% und das Sozialprodukt um 5% geringer wird. Aber selbst eine milde und kurze „Lagerdepression“, die in den USA nur als vorübergehende Anpassungsschwierigkeit empfunden würde, könnte den Welthandel empfindlich stören und damit auch die österreichische Zahlungsbilanz ungünstig beeinflussen.

Im übrigen ist ein Rückgang der Devisenüberschüsse gesamtwirtschaftlich nicht unbedingt negativ zu beurteilen. Das Anhäufen von Devisen war notwendig, solange die österreichischen Devisenreserven nicht ausreichten, kurzfristige Schwankungen im internationalen Zahlungsverkehr zu überbrücken. Auf die Dauer aber ist es für ein Land mit geringer Produktivität und unzureichender Kapitalausstattung kaum erstrebenswert, Produktion und Beschäftigung dadurch hochzuhalten, daß es einen Teil seines Sozialproduktes exportiert und dafür kurzfristige Forderungen an das Ausland (Devisen) eintauscht. Die österreichische Wirtschaft braucht die verfügbaren heimischen Ersparnisse dringend für Investitionen

zur Verbesserung und Erweiterung des eigenen Produktionsapparates. Sie kann sich einen Kapitalexport nur vorübergehend leisten und muß — wenn sie Anschluß an die Entwicklung in modernen Industrieländern finden will — möglichst Kapital importieren. Die Bemühungen der österreichischen Wirtschaftspolitik, ausländisches Kapital zu gewinnen, sind daher verständlich, um so mehr als der österreichische Kreditapparat derzeit noch nicht in der Lage ist, in ausreichendem Maße Kredite für langjährige Investitionen zur Verfügung zu stellen. Grundsätzlich muß jedoch bedacht werden, daß ausländisches Kapital nur dann die Leistungsfähigkeit der heimischen Wirtschaft erhöht, wenn es *real*, in Form von Gütern und Leistungen, transferiert wird. (So weit ausländische Kredite nur den Devisenbestand vermehren, erfolgt kein Kapitalimport, sondern nur ein Austausch von langfristigem Kapital gegen kurzfristiges.)

Konstruktive Investitionsfinanzierung

Alle diese Erwägungen legen nahe, der Binnenkonjunktur erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und die heimische Gesamtnachfrage schrittweise auf das bei optimaler Ausnutzung der verfügbaren Produktivkräfte erreichbare Niveau zu heben. Einige wirtschaftspolitische Maßnahmen liegen bereits auf dieser Linie. So z. B. die Ermäßigung der Einkommen- und Gewerbesteuer, welche die private Kaufkraft um 1,9 Mrd. S pro Jahr erhöht. Ein Teil dieser Summe wird schon Anfang 1954 wirksam werden und zunächst vorwiegend den privaten Konsum und in weiterer Folge die Umsätze im Handel und in den Konsumgüterindustrien beleben. Gleichzeitig wird der Bund um 1 Mrd. S mehr für öffentliche Investitionen ausgeben und damit den Investitionsgüterindustrien, vor allem dem Baugewerbe, neue Impulse geben.

Vielleicht noch wirksamer als die Stärkung des privaten Konsums und die Erhöhung der öffentlichen Investitionen wäre eine bewußte Förderung der „marktreakiblen“ Investitionen der Unternehmungen. Gerade diese, von Marktlage und Zukunftserwartungen abhängigen Investitionen, bestimmen in hohem Maße den Produktivitätsfortschritt der Gesamtwirtschaft. Man darf sich allerdings nicht darauf verlassen, daß mit wachsenden Ausgaben der öffentlichen und privaten Haushalte die Unternehmer automatisch mehr investieren werden. Eine entscheidende Wendung in der privaten Investitionstätigkeit wird erst dann eintreten, wenn es gelungen ist, die wieder reichlicher fließenden Ersparnisse, die sich heute auf dem Geldmarkt stauen, möglichst voll-

ständig und unter annehmbaren Bedingungen kapitalbedürftigen Unternehmungen zuzuführen.

Dieses Finanzierungsproblem kann sicherlich teilweise durch einen funktionsfähigen Wertpapiermarkt gelöst werden. Der gute Erfolg der Energie- und Opernanleihe, die Belebung des Pfandbriefabsatzes, sowie die Hausse auf dem Aktienmarkt lassen erkennen, daß die Kapitalanlage in Wertpapieren wieder an Bedeutung gewinnt. Verschiedene rechtliche und institutionelle Hemmnisse, die gegenwärtig noch den Absatz von Wertpapieren beeinträchtigen, werden im Laufe des Jahres 1954 beseitigt werden. Einige kapitalmarktfördernde Gesetze werden bereits vorbereitet: die Neubewertung der Bilanzen wird über die tatsächliche Kapitalkraft der Unternehmungen Aufschluß geben, die Vermögenssteuer soll gesenkt, das Eigentum an den Girosammelstücken geklärt und die Aktionäre der verstaatlichten Unternehmungen sollen angemessen entschädigt werden. Diese Maßnahmen sollen helfen, einen Kapitalmarkt zu schaffen, auf dem nicht nur der Staat und die öffentlichen Körperschaften, sondern auch Unternehmungen ihren Kapitalbedarf decken können.

Der Wertpapiermarkt wird aber in der Regel nur den großen und bekannten Unternehmungen, nicht aber den nicht minder kapitalbedürftigen industriellen Klein- und Mittelbetrieben, und noch

weniger dem Gewerbe zugänglich sein. Gerade der Ausbau und die Modernisierung der potentiell leistungs- und entwicklungsfähigen Klein- und Mittelbetriebe der Finalindustrien, die bisher nur wenig ERP-Mittel erhielten, wäre nun gesamtwirtschaftlich wichtig. Es wird daher zu prüfen sein, auf welche Weise die Kreditinstitute und andere Kapitalsammelstellen befähigt werden könnten, in größerem Umfang langfristige Kredite zu angemessenen Zinssätzen zu vergeben. Die gegenwärtigen Zinssätze für kommerzielle Kredite übersteigen trotz zweimaliger Senkung im Jahre 1953 noch immer die Ertragsfähigkeit der meisten Investitionen. In engem Zusammenhang steht die Frage der Verwaltung und Verwendung der rückfließenden Counterpartmittel. Soll eine neue Investitionsbank gegründet werden, wie die ausländischen Experten empfahlen, soll der normale Kreditapparat diese Aufgabe erfüllen oder soll es eine andere Stelle sein, und schließlich nach welchen Kriterien sollen diese Rückflüsse verwendet werden? Eine konstruktive Lösung dieser Probleme könnte wesentlich dazu beitragen, nicht nur kurzfristig einen hohen Beschäftigtenstand zu sichern, sondern auch notwendige strukturelle Umschichtungen im Zuge der Liberalisierung zu erleichtern. Sie schüfe damit wichtige Voraussetzungen für ein auf längere Sicht stetiges Wachstum des Sozialproduktes.